Nr. 12. — Zweites Blatt.

Stettiner Zeitung.

Sonnabend, 7. Januar 1893.

Abend-Ausgabe.

Verantwortl. Redakteur: R. O. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3—4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk. vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Petitzeile oder deren Raum im Morgenblatt 15 Pf., im Abendblatt und Reklamen 30 Pf.

Annahme von Inseraten Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen grösseren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann. Elberfeld W. Thienes. Greifswald G. Illies. Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg u. Frankfurt a. M. Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Deutschland.

Berlin, 7. Januar. Zur Erörterung der Frage, wie etwa eine Verständigung über die Militärvorlage gefunden werden könnte, theilt die „Nationallib.-Korr." folgende Zuschrift mit:

„Nach der Begründung der Militärvorlage soll die vorgesehene Heeresverstärkung in Neuformationen und Etatserhöhungen zum Ausdruck kommen. So weit die Infanterie hierbei in Betracht kommt, handelt es sich zunächst um die Errichtung von 177 vierten Bataillonen zu je 159 Gemeinen und 36 Unteroffizieren, für welche also rund 27,500 Gemeine und 6200 Unteroffiziere zur Verwendung gelangen müssen. An den Etatserhöhungen ist gleichfalls die Infanterie zumeist betheiligt. Sie sollen unter Anderem eintreten bei mehr als 300 Infanterie- beziehungsweise Jäger-Bataillonen und zwar dergestalt, daß die Friedensstärke derselben gebracht wird auf 569 bis bezw. 681 Mann. Insgesammt würden diese Etatserhöhungen bei der Infanterie und den Jägern etwa 15,000 Mann beanspruchen. Für die Schaffung vierter Bataillone mit einem verhältnißmäßig starken Offizier- und Unteroffizier-Etat sprechen gewichtige Gründe. Sie sind eine Konsequenz der Einführung der zweijährigen Dienstzeit, denn wenn dasselbe Maß militärischer Ausbildung in zwei Jahren erreicht werden soll, müssen die Bataillone und Kompagnien entlastet werden nicht nur von den zahlreichen Abkommandirungen der Mannschaften zu Arbeits- und anderen Zwecken, sondern auch von der Hergabe ihres Lehrpersonals für die Ausbildung der Nacheingestellten, der Einjährig-Freiwilligen, der Volksschullehrer u. s. w., sowie für die Uebungen des Beurlaubtenstandes. Wenn z. B. jetzt während der Ausbildungsperiode im Sommer bis zu den Herbstübungen, also zu einer Zeit, wo ein reichliches Lehrpersonal von besonderer Wichtigkeit ist, die Kompagnien ihren Bestand an Offizieren und Unteroffizieren manchmal bis zum Aeußersten für die erwähnten Zwecke schwächen müssen, so kann das — trotz größter Anstrengung der Verbliebenen in der Erfüllung ihrer Pflichten — der Ausbildung nur zum Schaden gereichen. Dagegen erscheint es fraglich, ob neben den durch die vierten Bataillone gewährten Verstärkungen noch die geforderten Friedensetatsverstärkungen für die drei Feldbataillone in dem beabsichtigten Umfange geboten sind. Hier müssen jedenfalls die in der Kommission zu gebenden Aufschlüsse über die unbedingte Nothwendigkeit im Einzelnen abgewartet werden. In der Begründung der Vorlage wird diese Verstärkung im Allgemeinen gerechtfertigt mit der Nothwendigkeit, eine ausreichende Ausrückestärke für den Fall der Mobilmachung zu sichern. Gewiß verdient dieser Gesichtspunkt volle Beachtung, da die Stammmannschaften der Kompagnie, von denen jeder einzelne dem Kompagniechef sowie den Offizieren und Unteroffizieren der Kompagnie hinsichtlich seiner Brauchbarkeit und Verwendbarkeit genau bekannt ist, zweifellos den festen Stütz- und Mittelpunkt für das Gefüge der Truppe bilden, in welches sich die Mannschaften des Beurlaubtenstandes einzugliedern haben. Je geringer daher die Zahl dieser Stammmannschaften ist, desto loser muß nothwendig das Gefüge und der Halt der Truppen sein. Allein es ist zu berücksichtigen, daß die Vorlage gegenüber dem jetzigen Zustande die Zahl der Stammmannschaften für das Infanterie-Regiment schon um die 159 Mannschaften des vierten Bataillons vermehren will, so daß sich für jedes der drei Feldbataillone ein Mehr von 53 Mann ergiebt oder 13 Mann für jede Kompagnie. Daß hiermit für die Aufstellung der Kriegsformationen schon eine sehr erhebliche Erleichterung geschaffen wird, leuchtet ohne Weiteres ein. Bei der Heeresreform im Jahre 1860 wurde die Friedensstärke des Infanterie-Bataillons auf 482 Mann (einschließlich Unteroffiziere) festgestellt und dieser Bestand war von der zur Vorberathung des kriegsministeriellen Entwurfs seitens des damaligen Prinz-Regenten berufenen Kommission in ihren Sitzungen vom Oktober und November 1859 mit allen Stimmen gegen die des Generals von Steinmetz für ausreichend erachtet worden zur Sicherung einer guten Ausbildung der Truppe. Allerdings wurden in dieser Kommission Bedenken dagegen laut, ob dieser im Frieden genügende Rahmen zur Aufnahme der von dem Prinz-Regenten in Aussicht genommenen Kriegsstärke von 1002 Mann stark genug sei, ohne daß jedoch eine Abstimmung über diese Frage erfolgte. Indessen haben die Kriege von 1866 und 1870 mit ihren hervorragenden Leistungen der Infanterie hinreichend bewiesen, daß die geäußerten Bedenken unbegründet waren. Zur Zeit ist aber selbst bei den Bataillonen mit niedrigem Etat die Friedensstärke eine ganz erheblich höhere."

— Die Abneigung gegen die Erhöhung der Brausteuer ist überall im Volk wie in Interessentenkreisen im Wachsen begriffen; eine ganze Legion von Flugschriften in denen die Schädlichkeit dieser Steuererhöhung nachgewiesen wird, ist bereits erschienen. Großes Aufsehen hat es gemacht, daß der Professor der Physiologie und der Gesundheitspflege an der Universität Erlangen, Professor J. Rosenthal, eine Flugschrift „Bier und Branntwein und ihre Bedeutung für die Volksgesundheit" hat erscheinen lassen, die sich in der allerschärfsten Weise gegen die Mehrbesteuerung des Bieres wendet. Als im Jahre 1881 dem Reichstage eine Vorlage wegen Erhöhung der Brausteuer im Gebiet der norddeutschen Brausteuergemeinschaft wiederholt vorgelegt wurde, wies Professor Rosenthal bereits auf die Gefahren hin, welche durch eine solche Maßregel der Volksgesundheit erwachsen könnten. Professor Rosenthal hat sich in seiner Flugschrift streng daran gehalten, die Frage nur vom hygienischen Standpunkt aus zu behandeln und kommt dabei zu folgenden Schlußfolgerungen: „Wenn wir der armen arbeitenden Bevölkerung wirklich nützen wollen, so dürfen wir ihr nicht Gift statt Brod reichen. Wir müssen Alles vermeiden, was sie zwingt, sich dem Schnapsgenuß zu ergeben. Wir dürfen nicht die nothwendigsten Lebensmittel vertheuern, wie es leider bei uns geschehen ist. Es ist richtig, wenn behauptet wird, das Bier sei einer der wichtigsten Hebel des Kulturfortschritts, indem es den barbarischen und zivilisationsfeindlichen Schnaps verdränge und seine milde Wirkung an die Stelle der Wirkung des verderblicheren und gefährlicheren Branntweins setze. Es ist mit der Gesittung, dem Wohlstand und der Volksgesundheit besser geworden in dem Maße, als der Biergenuß gestiegen und der Branntweingenuß abgenommen hat." Zweifellos werden diese Worte einer der ersten Größen auf dem Gebiete der Gesundheitspflege dazu beitragen, die Opposition gegen die Erhöhung der Brausteuer zu stärken.

— Dem hiesigen Magistrat sind folgende allerhöchste Handschreiben zugegangen:

„Beim Eintritt in das neue Jahr in gewohnter Weise die Glück- und Segenswünsche des Megistrats Meiner Haupt- und Residenzstadt zu empfangen, hat Mich hocherfreut. Besonders angenehm hat Mich der Ausdruck des Vertrauens auf eine gedeihliche Entwickelung der kommenden Zeit, welches die Grundlage schaffenskräftiger Arbeit bildet, berührt und Ich spreche dafür dem Magistrat Meinen herzlichen Dank aus. Möge des Allmächtigen Schutz auch im neuen Jahre über der Stadt Berlin ruhen und insonderheit von ihr die im vorigen Jahre drohend aufgetretene Seuche fern halten.

Berlin, den 4. Januar 1893.

(gez.) Wilhelm R.

An den Magistrat zu Berlin."

„Der Empfang der Mir vom Magistrat zum Jahreswechsel dargebrachten guten Wünsche hat Mich aufrichtig erfreut. Von Herzen danke Ich für diesen erneuten Ausdruck treuer Gesinnung, indem Ich zugleich die Hoffnung und den Wunsch ausspreche, daß die Entwickelung Berlins auf allen Gebieten des städtischen Lebens, die Ich mit lebhaftem Interesse verfolge, unter Gottes gnädigem Schutze gedeihlich fortschreiten möge.

Berlin, den 3. Januar 1893.

Viktoria,

Kaiserin und Königin Friedrich.

An den Magistrat zu Berlin."

— Der Vorstand der deutschen landwirthschaftlichen Gesellschaft, dessen Ehrenpräsident Prinz Ludwig von Baiern ist, hat sich an den hiesigen Magistrat mit dem Ersuchen gewandt, ihm für seine im Juni 1894 in Berlin beabsichtigte Veranstaltung einer landwirthschaftlichen Ausstellung, wie solche in Frankfurt und Königsberg abgehalten worden, den Treptower Park auf fünf Tage zu überlassen. Das Magistrats-Kollegium hat beschlossen, dem Gesuche zu willfahren.

— Der Vorstand der hiesigen jüdischen Gemeinde erläßt folgende Erklärung:

Vielfache an uns in nachbezeichneter Angelegenheit ergangene Nachfragen veranlassen uns zu folgender Erklärung: Die Absicht des unterzeichneten Vorstandes, mit einer Adresse sich an Se. Majestät zu wenden, ist durch eine Indiskretion an die Oeffentlichkeit gedrungen. Obgleich der Wortlaut der Adresse noch nicht endgültig festgestellt war, ist der vermuthliche Inhalt derselben fast von der gesammten Berliner Tagespresse besprochen worden. Im Gefühle der Ehrfurcht vor der Allerhöchsten Person haben wir unter diesen Umständen beschlossen: von der Einreichung einer Adresse Abstand zu nehmen und über den Inhalt des Entwurfs keinerlei Mittheilungen zu veröffentlichen.

— Wie die „A. R. K." erfährt, hat der Kaiser gelegentlich des Weihnachtsfestes auch die junge Königin Wilhelmine der Niederlande durch ein Geschenk erfreut. Das Geschenk bestand in 48 größeren Figuren, welche die bis ins Kleinste genaue Uniformirung der Garde-Kürassiere und des 1. Garde-Regts. z. F. tragen.

— Bei dem vorgestrigen Empfang, den der neuernannte Botschafter Italiens, Graf Lanza, in seiner in der Wilhelmstraße belegenen Wohnung abhielt, hatte sich eine große Anzahl Herren der Hofgesellschaft in den noch vom Grafen Launay her sehr bekannten Räumen eingefunden. Der Botschafter, von den Herren der Botschaft umgeben, trug die Uniform eines italienischen Divisions-Generals mit dem großen Bande des Rothen Adler-Ordens, das ihm von dem Könige verliehen worden war, als er beim Besuche Wilhelm II. in Italien zum Ehrendienst bei dem kaiserlichen Gaste seines Königs kommandirt war. Daher datirt auch die persönliche Bekanntschaft des Kaisers mit dem Grafen Lanza und aus dieser der gegen den König von Italien ausgedrückte Wunsch, den italienischen General als italienischen Botschafter in Berlin zu haben.

— Dem „Hamburgischen Korrespondenten" wird aus Berlin über die Neujahrs-Ansprache des Kaisers an die kommandirenden Generale geschrieben:

„Zum Theil dieselben Blätter, die die Veröffentlichung über die kaiserliche Ansprache an die Generale mit der sonderbaren Motivirung bedauert hatten, daß dadurch die Freiheit des Monarchen, sich anders zu entschließen, beschränkt werde, verlangen jetzt die Veröffentlichung des ganzen Wortlauts der Ansprache. Das Eine ist so unbegründet als das Andere Der Kaiser hat nicht nöthig, nur bei verschlossenen Thüren zu sprechen; ebensowenig darf ihm zugemuthet werden, daß er mit seinen Generalen nur unter Anwesenheit eines Stenographen verkehre. Bis in die jüngste Zeit hinein hatten sich Organe, welche die Militärvorlage bekämpfen, mit Behagen und ohne Bedenken auf die angebliche kühle Bemerkung des Kaisers bei Genehmigung des Entwurfs: „Sehen Sie, wie weit Sie damit kommen" berufen, eine Bemerkung, die weder so, noch in ähnlichem Sinne jemals gefallen ist. Wäre der Inhalt der kaiserlichen Ansprache vom 1. Januar d. J. der Opposition wider die Vorlage irgendwie willkommen, so wäre gewiß Niemandem eingefallen, eine Veröffentlichung bedenklich zu finden. So aber mäkelt man an ihr herum und vergißt, daß der Kaiser und König seine Meinung am wenigsten in Fragen der Wehrkraft zu verbergen braucht, in denen die persönliche Entscheidung des obersten Kriegsherrn nach Herkommen und Verfassung eine ganz besondere Bedeutung besitzt. Das, was von der Ansprache veröffentlicht werden sollte, ist so, wie geschehen, auf Befehl des Kaisers veröffentlicht worden. Zwar ist anderweit gut verbürgt, daß der Kaiser dem Sinne nach auch geäußert habe, er mißbillige eine etwaige politische Opposition und Stimmungsmacherei von Angehörigen der Armee wider die Vorlage aufs schärfste und werde sie unbedingt nicht dulden; allein dies gehört zu den Dingen, über die der Monarch nur zu seinen Generalen gesprochen hat und die sich einer halbamtlichen Veröffentlichung, vollends im Wortlaut, entziehen. Es erscheint deshalb auch nicht angemessen, etwaige Vermuthungen über bestimmte Vorgänge oder Personen, auf die sich der kaiserliche Tadel bezogen haben könnte, weiteren Spielraum zu geben."

— Für die gewerbetreibenden Steuerzahler dürfte die Meldung wichtig sein, daß der Finanzminister auf die Beschwerde eines Kaufmanns in Spandau den Bescheid ertheilt hat, daß der Zensit nicht verpflichtet ist, dem Vorsitzenden der Veranlagungskommission auf dessen Verlangen seine Geschäftsbücher einzusenden. Der Vorsitzende habe kein Recht, dies zu fordern. In Spandau stellte, wie der „Anz. f. d. H." berichtet, der Vorsitzende bei der ersten Veranlagung nach dem neuen Einkommensteuergesetz die Forderung an einen Steuerzahler, die Geschäftsbücher bei der Registratur einzureichen. Auf die Beschwerde desselben Bürgers in einem zweiten Punkt hat der Minister ferner verfügt, daß der Vorsitzende bezw. die Veranlagungskommission nicht verpflichtet sei, die Beweise, die nach Art. 55 von Steuerpflichtigen angeboten werden, auch zu erheben, wenn die unter Beweis gestellten Thatsachen nach Ansicht des Vorsitzenden oder der Kommission selbst „unbestritten oder unerheblich" sind. Der Steuerpflichtige hatte sich erboten, jeden Beweis, der verlangt würde, für die Richtigkeit seiner Angaben zu erbringen. Trotzdem wurde er anders, als seiner Deklaration gemäß, veranlagt. Die in dem zweiten Punkt dem Vorsitzenden und der Veranlagungskommission ertheilte Befugniß erscheint aus dem Grunde nicht zweckentsprechend, weil sie dem subjektiven Ermessen beider einen zu weiten Spielraum läßt.

— Aus Neuwied wird berichtet: Der Kronprinz von Schweden ist am Mittwoch Abend zum Besuch bei der Königin von Rumänien eingetroffen. — Zu dem das Schicksal der Königin behandelnden Roman von Loti, der in Bukarest ungeheures Aufsehen macht, bemerkt der „Figaro", daß Loti doch zu sehr mit den Augen des Dichters gesehen und mit der Feder des Poeten geschildert habe. Gar so romantisch seien die in Betracht kommenden Verhältnisse auch nicht gewesen. Lange, nachdem Carmen Sylva den Prinzen Carl von Hohenzollern geheirathet hatte, seien die literarischen Verdienste der Prinzessin von Wied dem rumänischen Volke unbekannt geblieben. Fräulein Helene Vacarescu sei es gewesen, welche zuerst die Gedichte Carmen Sylva's sammelte, veröffentlichte und der Welt verkündigte, daß die Königin von Rumänien und die berühmte Carmen Sylva eine und dieselbe Person sei. So entstand die Freundschaft, welche zwei Frauen innig verknüpfte. Die Königin war glücklich, eine schwesterliche Seele gefunden zu haben, und wollte dem Fräulein Vacarescu eine unbegrenzte Dankbarkeit bezeigen. Der Gedanke an jene Heirath sei weder dem Fräulein noch dem jungen Prinzen zuerst gekommen, sondern die Königin sei es gewesen, welche diesen Liebesroman, der ihren poetischen Neigungen so sehr entsprach, ersann und in dem Herzen des jungen Mädchens die ehrgeizigsten Pläne erweckte. Die Stellung des Fräulein Vacarescu bei Hofe wurde immer einflußreicher, und man erzählt charakteristische Anekdoten hierüber.

Liegnitz, 6. Januar. Der hiesige Magistrat hat mit der Aufstellung der Reichstagswählerliste für die Ersatzwahl bereits begonnen.

Köln, 6. Januar. (W. T. B.) Die „Kölnische Zeitung" bringt einen Artikel betitelt: „Der Druck der Militärausgaben." Derselbe giebt eine vergleichende Uebersicht der Lasten der einzelnen Länder. Unter anderem betragen danach die Kosten der Landesvertheidigung für Armee und Marine zusammen im Jahre 1892—93: In England 36,9, Rußland 28,7, Frankreich 27,1, Italien 22,4, deutsches Reich 17,8, Oesterreich-Ungarn 17,6 Prozent des Gesammtbudgets. Die Ausgaben für Verzinsung, Tilgung rc. der Staatsschuld erforderte in Italien 43,8, Oesterreich-Ungarn 29,3, Frankreich 28,4, England 27,9, Rußland 25,7, deutsches Reich 12,9 Prozent des Gesammtbudgets. Deutschlands günstige Stellung sei desto bemerkenswerther, weil die Schulden für den Eisenbahnankauf und für andere Anlagen, welche Einnahmen bringen und eigentlich nicht im Budget zu erscheinen brauchten, nicht ausgeschieden sind.

Bremen, 6. Januar. Vor dem Braker Seeamt fand am Mittwoch, den 4. d. Mts., eine Verhandlung statt, die insofern ein allgemeines Interesse beanspruchen dürfte, als hier unseres Wissens zum ersten Male die ungenügende Ausrüstung eines deutschen Rettungsbootes öffentlich zur Sprache kam. Der Thatbestand ist kurz folgender: Das holländische Schiff „Jantina Jakobina" gerieth letzten Herbst beim Einsegeln in die Harle bei Wangeroog an Grund und lief in kurzer Zeit voll Wasser, so daß sich die Mannschaft in den Mast flüchten mußte, um dem Tode des Ertrinkens zu entgehen. Der Kapitän hatte seine Frau und drei Kinder, im Alter von 6, 4 und 1½ Jahren an Bord. Drei Stunden mußten die Aermsten in der Takelage ausharren, bis das Wangerooger Rettungsboot „Großherzogin Alice" zu ihrer Rettung herbeikam. Leider war kurz vorher das jüngste Kind des Kapitäns der Unbill der Witterung erlegen. Auch die Frau und die beiden anderen Kinder des Schiffers waren ohnmächtig als sie ins Boot gebracht wurden. Bei der ersten Seeamtsverhandlung über diesen Fall, die Ende November stattfand, hatte der Kapitän ausgesagt, daß in dem Rettungsboote für die vollständig erschöpften Schiffbrüchigen nichts an Speisen, Getränken oder Medizin gewesen sei, als eine Flasche Kümmel. Darauf vertagte das Seeamt damals die Verhandlung, um bei dem Bezirksverein Bremen, dem die Rettungsstation Wangeroog unterstellt ist, nähere Auskunft darüber zu erlangen. Der Vorstand des Bremer Vereins theilte dem Seeamt mit, daß eine Vorschrift über die Ausrüstung der Rettungsboote, soweit Speisen und Getränke in Betracht kämen, nicht bestehe, daß man auch eine derartige Ausrüstung der kleineren offenen Rettungsboote — auch das Wangerooger Rettungsboot war ein offenes — nicht für ausführbar halte. Dem entgegen sind sowohl der Reichskommissar als auch das Seeamt der Ansicht, daß es gewiß wünschenswerth und auch ausführbar sei, die Rettungsboote mit den nothwendigsten Belebungsmitteln, Hoffmannstropfen u. s. w. auszurüsten. Da aber eine derartige Vorschrift bislang nicht vorhanden sei, so könne ein Vorwurf in diesem Falle nicht erhoben werden.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 6. Januar. Von den Verhandlungen über die Mehrheitsbildung verlautet Folgendes: Die Führer der Linken verlangen von der Regierung auf eine Reihe politischer Fragen, die im Programm nicht enthalten sind, klare Antworten. Unter der Voraussetzung, daß diese Antworten befriedigend sind, werde die Linke bereit sein, an der neuen Mehrheitsbildung Theil zu nehmen. Die Verhandlungen dürften sich jedenfalls bis nach der Wiedereröffnung des Reichsrathes hinziehen. Heute werden die Polenführer, morgen die Hohenwartianer beim Grafen Taaffe erscheinen.

Wien, 6. Januar. (W. T. B.) Heute Nachmittag fand bei dem Ministerpräsidenten Grafen Taaffe eine längere Besprechung statt, an welcher die Minister Gautsch, Steinbach, Zaleski und der Obmann des Polenklubs, Jaworski, theilnahmen. Die Besprechung wird morgen fortgesetzt.

Belgien.

Brüssel, 6. Januar. Die Vollversammlung der liberalen Abgeordneten beschloß einstimmig die Verwerfung der klerikalen Wahlreform. Die Verfassungsfrage wird dadurch überaus verwickelt.

Brüssel, 6. Januar. (W. T. B.) Die Revisionskommission berieth heute über die Wahlreform. Frere-Orban (gemäßigte Linke) wandte sich entschieden gegen das von der Regierung in Vorschlag gebrachte Wahlsystem, welches die Zahl der Wähler auf 1 Million erhöhe, während dieselbe 540,000 nicht überschreiten sollte.

Frankreich.

Ueber die Pariser Weltausstellung von 1900 schreibt man aus Paris:

„Ein Ausschuß von sechzig Senatoren, Abgeordneten, Vertretern der verschiedenen Ministerien rc. beräth derzeit über die Wahl des Ausstellungsplatzes für 1900. Sechs Plätze sind in Vorschlag gebracht; in Paris das Marsfeld; außerhalb: Vincennes, Courbevoie, Saint-Cloud, Bagatelle (im Boulogner Gehölz bei Neuilly) und der Rennplatz von Auteuil. Das Champ de Mars hat wenig Anhänger, und die Wahrscheinlichkeit ist dafür, daß die Wahl auf Auteuil fallen wird, weil sich für diesen Platz am leichtesten die erforderlichen Transportmittel beschaffen lassen dürften."

Das rothe Bändchen der legion d'honneur ist, wie bekannt, in Frankreich ein sehr begehrter Artikel. Die also Dekorirten sind fast so zahlreich, wie der Sand am Meere und, sehr boshaft läßt Alexander Dumas in „Francillon" Jemanden sagen: „Er hat keine Dekoration; um so leichter wird er zu finden sein!" Nunmehr hat sich der höchst seltene Fall einer Zurückweisung des Ehrenlegions-Ordens in Frankreich ereignet. Herr Laborde, Advokat und Präsident des Generalrathes von Ariege hat folgendes Schreiben an den Präsidenten der Republik gerichtet: „Foix, 2. Januar 1893. Herr Präsident der Republik! Ich danke Ihnen für das außerordentliche Wohlwollen, welches Sie mir dadurch bezeigen, daß Sie mich zum Mitglied der Ehrenlegion ernennen, doch ich bedaure, eine Ehrenbezeigung nicht annehmen zu können, welche im Gegensatze zu meinen Prinzipien steht und welche außerdem in keinem Verhältnisse mit den bescheidenen Dienste ist, welche ich habe leisten können. Empfangen Sie rc. M. Laborde."

Paris, 5. Januar. Im jüngsten Ministerrathe berieth die Regierung über Maßregeln, die nächsten Dienstag, am Tage der Eröffnung der neuen Kammersession angesichts der revolutionären Drohungen zu treffen sind.

Zwei Anarchisten, die sich unter ihren Gesinnungsgenossen eines gewissen Ansehens erfreuen, Etievant und Michel Zevaco, sind bereits verhaftet, der Eine, weil er rothe Plakate mit der Inschrift: „Nieder mit der Kammer!" in der Vorstadt Levallois-Perret verbreitete, Zevaco, der ehemalige Redaktions-Sekretär des Blattes „L'Egalité", um eine über ihn verhängte Gefängnißstrafe von sechs Monaten abzusitzen. Die in verschiedenen Gegenden ausgebrochenen Streiks boten dem Minister des Innern Gelegenheit, auf die Mängel des im Laufe des letzten Jahres beschlossenen Fabrikgesetzes hinzuweisen. In Uebereinstimmung mit dem Wortlaute desselben haben die Arbeitgeber den Lohn in dem Maße gekürzt, als die Arbeitszeit geschmälert wurde, und darüber tritt allenthalben Mißmuth zu Tage.

Der „Gaulois", welcher den Plänen der Rechten durch Dick und Dünn Vorschub leistet, richtet an ein Mitglied des Kabinets die Aufforderung, „seine Entlassung zu nehmen oder Erklärungen abzugeben." Es kann sich hier nur um den Kriegsminister de Freycinet handeln. Das Blatt des Herrn Arthur Meyer hat die Entdeckung gemacht, daß Frankreich Dank der Komplizität einiger Radikalen von einer Bande kosmopolitischer Abenteurer ausgebeutet wurde und die Regierung nicht zu mucksen wagte. Nicht auf Panama allein legten sie ihre Hände, sondern auch auf die Heereslieferungen und die Eisenbahnen, und immer fand sich ein Minister, der, wenn nicht aus Habsucht, so doch aus Furcht und Feigheit ihnen zu Willen war. Einmal sollte eine neue Bremse eingeführt werden, welche für die Mobilmachung von höchster Wichtigkeit war, und der Minister, welcher das entscheidende Wort hatte, ließ sich von den Radikalen, die mit Cornelius Herz und Reinach angezogen kamen, zwingen, seinen Einfluß in die Wagschale zu werfen. Das Unternehmen mißlang, aber der Minister hatte seine Stellung mißbraucht und nun wird Rechenschaft oder sein Rücktritt von ihm verlangt. Sollte er nicht begreifen wollen und der öffentlichen Meinung trotzen, so werde man gezwungen sein, gewisse Fragen an ihn zu richten und gewisse Einzelheiten zu erzählen, über welche das Publikum sein Urtheil fällen mag, sagt der „Gaulois", doch muß er zugeben, daß es sich nicht um Geld handelt; „denn obwohl hunderte von Millionen auf dem Spiele standen und der Gewinn sich auf Zehner von Millionen beziffert hätte, so wisse man, daß er selbst nichts bezogen hätte."

Paris, 5. Januar. In dem Maße, wie der 10. Januar, zugleich der Tag für die Eröffnung des Parlaments und den Anfang des Prozesses gegen die Verwaltungsräthe der Panama-Gesellschaft, heranrückt, nimmt die Beunruhigung der Gemüther wieder zu. Zwar herrscht unter den berufsmäßigen Arbeitern an der Staatsumwälzung, unter Sozialisten verschiedener Bekenntnisse und Anarchisten, eine für alle Freunde der Ordnung tröstliche Uneinigkeit, während anderseits ein Ausschuß klerikaler Senatoren und Abgeordneten die Geistlichkeit in einem Rundschreiben auffordert, einen Bettag zu veranstalten, damit die heutige Zeit schwerer Prüfung durch Gottes Fügung ohne Schaden an Frankreich vorübergehen möge; allein die nächsten Sorgen werden weder durch die Uneinigkeit der Unruhstifter noch durch das Gebet der Gläubigen gemildert: gleich bei Eröffnung der Tagung des Parlaments kommt die Frage zum Austrag, ob Floquet wiederum zum Präsidenten der Kammer gewählt werden wird. Floquet ist persönlich durchaus unbescholten, hat aber nach seiner eigenen Erklärung zu der Zeit, als er Premier und der heutige Justizminister Bourgeois sein Unterstaatssekretär im Ministerium des Innern war, den Goldstrom, der aus der Kasse der Panamagesellschaft sich ergoß, „so sorgfältig beobachtet", daß die Interessen der Regierung und der herrschenden Partei nicht Schaden litten, mit andern Worten, daß 300,000 Franks für Unterstützung ihrer Politik zur Verwendung kamen. Auch ist Floquet auf der ministeriellen Seite bis selbst in die Reihen der Sozialisten hinein sehr beliebt. Die Mehrheit der Ministeriellen möchte ihn gern wieder den Präsidentenstuhl besteigen sehen. Es ist nach allen Richtungen viel für ihn geworben worden und sogar manche Gegner haben sich für seine Wahl erklärt. Das aber ist den Ministeriellen die bedenklichste Erscheinung, denn diese Unterstützung wird voll Hohn in der ausgesprochenen Absicht angekündigt, den Präsidentenstuhl in der allgemeinen Achtung herabzusetzen und den Unfug in der Kammer sozusagen in der Geschäftsordnung festzusetzen und in ein System zu bringen. So sehen sich denn selbst die geschworenen Anhänger Floquets genöthigt, auch die Möglichkeit einer andern Wahl in Erwägung zu ziehen und sich die Köpfe darüber zu zerbrechen, ob Casimir Perier oder Leon Say heute der geeignetste Mann für den wichtigen Posten wäre, oder ob man den wenig beliebten Brisson, den Präsidenten des heute wieder in Thätigkeit getretenen Untersuchungsausschusses, mit auf die Kandidatenliste stellen müsse. Dabei herrscht im Ministerium eine Uneinigkeit, die sich nicht länger verhüllen und abtönen läßt und die nachgerade von streng ministeriellen Blättern, wenn auch widerstrebend, zugestanden wird. Der Justizminister Bourgeois, der bisher die Zankäpfel unter seine Kollegen zu werfen pflegte, ist die letzten vier Tage wegen starker Erkältung daheim und den Kabinetsberathungen fern geblieben, aber selbst in seiner Abwesenheit ist es ganz ungewöhnlich stürmisch zugegangen. Der Minister des Innern, Loubet, der von der sehr ungünstig verlaufenen Wahl in Montelimar zurückkehrte, mußte vom Minister-Präsidenten und einem seiner Kollegen wegen der Aeußerungen, die ihm ein Vertreter des „Petit Marseillais" entlockt, so scharfe Vorstellungen und Vorwürfe hören, daß er sich erhob, zu seinem Hut griff und den Versammlungsraum verlassen wollte. Dann wurde allerdings eine mildere Tonart angeschlagen und der Zwischenfall schließlich in einer Weise beigelegt, auf die eine theilweise Ableugnung des Interviews im „Petit Marseillais" ein gewisses Licht wirft. Derartige Vorfälle pflegen hier ganz geheim gehalten zu werden. Sie erleiden mitunter in der Wiedergabe einige Entstellung, und es kommt vor, daß sie mit edler Dreistigkeit frei erfunden werden, allein im vorliegenden Fall ist immerhin Grund vorhanden, den mitgetheilten allgemeinen Verlauf der Dinge für richtig zu halten. Auch soll es zwischen dem Ministerpräsidenten, der überhaupt neuerdings als sehr gereizt und erregt geschildert wird, und dem Justizminister Bourgeois bei einer Privatunterredung zu einem ungewöhnlich heftigen Auftritt gekommen sein. Der Justizminister ist übrigens auch während der Tage seiner Unpäßlichlichkeit unausgesetzt mit der gerichtlichen Untersuchung über die im Parlament verübte Bestechung beschäftigt gewesen und hat wiederum verschiedentlich längere Berathungen mit dem Generalprokurator und dem Staatsprokurator gepflogen, so daß in weiten Kreisen aufs neue geglaubt wird, es sei eine weitere gerichtliche Untersuchung im Werke. Unter diesen Umständen hat auch am verwichenen Abend und heute die Verhaftung eines der ersten Beamten des Crédit Lyonnais großes Aufsehen gemacht, doch scheint es sich zunächst dabei nicht um die in Aussicht gestellte große Aktion zu handeln. Der Verhaftete, Herr Leopold Blondin, ist ein Mann von einigen 50 Jahren, aus Metz zu Hause, hat nach dem Kriege für Frankreich optirt, ist dann nach Paris übergesiedelt, beim Crédit Lyonnais eingetreten und allmälig zum Prokuristen und Chef des comptes spéciaux aufgerückt. In dieser Stellung fielen die Checks der Bank in seinen Geschäftsbereich, und da schon vor einigen Tagen beim Crédit Lyonnais von der Polizei Nachforschungen angestellt worden waren, so ist anzunehmen, daß es sich um Auskunft oder Belegstücke handelt, die Blondin bei seiner gestrigen Vernehmung dem Untersuchungsrichter Franqueville verweigert haben dürfte. Man erinnert sich, daß vor einigen Wochen auch Herr Thierree erst dann die Talons der Reinach'schen Checks ausgeliefert hat, als ihm der Untersuchungsrichter erklärte, er werde ihn im andern Falle sofort einsperren lassen. Zum Schlusse sei hier noch erwähnt, daß in Folge der Vernehmung des ehemaligen Polizeipräfekten Andrieux, der bekanntlich dem Untersuchungsausschusse der Kammer eine Photographie von Notizen des verstorbenen Barons Reinach vorlegte, alle möglichen Vermuthungen darüber angestellt worden sind, wer der Empfänger von 500,000 Franks gewesen sein könnte, dessen Name aus diesem Papier ausgeschnitten worden war. Von mehreren Seiten hatte man dabei auf den Botschafter Herbette gerathen, und Andrieux hat, als er das erfuhr, nicht gesäumt, zu erklären, daß diese Vermuthung durchaus unbegründet sei.

Paris, 6. Januar. (W. T. B.) Für den Fall, daß der Deputirte Baihaut wegen Handlungen, die er als Minister im Jahre 1886 begangen hat, vor den Senat als Staatsgerichtshof gestellt werden sollte, müßte die Regierung die betreffenden schuldbaren Handlungen zur Kenntniß der Kammer bringen, welcher es obliegen würde, eine neuerliche Untersuchung des Falles vorzunehmen, bevor sie den Angeschuldigten vor den Staatsgerichtshof verweist. Die Kammer würde hierbei auf Schwierigkeiten stoßen, weil kein Gesetz besteht, welches das Verfahren der Voruntersuchung und der Anklage im Einzelnen regelt.

Paris, 6. Januar. (W. T. B.) Die Abendblätter besprechen die gegen den Deputirten Baihaut erhobenen Beschuldigungen und behaupten namentlich, Baihaut habe im Jahre 1886 als Arbeitsminister den amtlichen Bericht des Inge-

nieurs Rousseau, welcher den Panama-Kanal als nahezu unausführbar und die Kosten als unübersehbar bezeichnet habe, mit Beihülfe Blondin's und der Administratoren der Panama-Gesellschaft gefälscht. Der damals im „Temps" veröffentlichte und als offiziell bezeichnete Bericht lautete dahin, daß der Panama-Kanal im Jahre 1892 vollendet sein und nicht mehr als 2 Milliarden Franks kosten würde.

Paris, 6. Januar. Dem „XIX. Siecle" zufolge sollen die Bankiers Thierree und Propper wegen Entziehung verschiedener, auf den Panamaprozeß bezüglicher Aktenstücke in Untersuchung gezogen werden.

Im Palais Bourbon findet heute eine Berathung der republikanischen Abgeordneten über die bevorstehende Wahl des Kammerpräsidenten statt.

Schweden und Norwegen.

Die konservative „Aftenposten" in Christiania hatte berichtet, „daß Staatsminister Blehr jetzt im Namen der norwegischen Regierung den ersten Schritt gethan habe, um Unterhandlungen mit der schwedischen Regierung wegen einer unionellen Uebereinkunft zu eröffnen." Das ministerielle „Dagbladet" ist in den Stand gesetzt, zu erklären, daß Staatsminister Blehr keinen Auftrag, solche Unterhandlungen zu führen, erhalten oder entgegengenommen hat.

Bergen, 6. Januar. (W. T. B.) Die Quarantäne-Kommission hat neuerdings eine Quarantäne für die aus Hamburg hier ankommenden Schiffe angeordnet; die Schiffe werden bis zum dritten Tage, von der Abfahrt aus Hamburg an angerechnet, in Bezug auf den an Bord vorhandenen Gesundheitszustand beobachtet.

Großbritannien und Irland.

London, 5. Januar. Der vor ungefähr einem Jahre zusammengetretene Ausschuß zur Beförderung der jüdischen Kolonisation, der sich unter dem Drucke der Judenverfolgungen in Rußland gebildet hatte, hat eben seinen ersten, nicht uninteressanten Jahresbericht veröffentlicht. Der Vorsitzende des Ausschusses, Herr Baron Hirsch, theilt als Ergebniß seiner Nachforschungen mit, daß die argentinische Republik Bedingungen darbiete, welche das Gelingen des Unternehmens, die russischen Flüchtlinge von ihrer durch jahrhundertelangen Brauch traditionell gewordenen Bethätigung im Handel zu entwöhnen und sie in Ackerbauer zu verwandeln, ermöglichen. Der erste Schritt war freilich mit großen Schwierigkeiten verbunden, aber seitdem Oberst Albert G. Goldschmidt, in den das Komitee das vollkommenste Vertrauen setzt, die Leitung an Ort und Stelle übernommen, hofft man unter Benutzung der bisherigen Erfahrungen der Sache Herr werden zu können. Sämmtliche Kolonien, die man bisher angelegt, umfassen ein Gebiet von 300,000 Acres. Die Kolonie Mauricio (72,500 Acres) liegt in der Provinz Buenos Aires, Moisesville (25,000 Acres) in der Provinz Santa Fé, und die übrigen, ein Areale von 232,000 Acres bedeckender Kolonien in der Provinz Entre-Rios. Sämmtliche Kolonien haben ein gutes, klares, gesundes Trinkwasser und einen fruchtbaren Boden. Bisher sind 180,000 Acres von den Kolonisten urbar gemacht worden. Diese selbst werden denjenigen Emigranten entnommen, die schon im Heimathslande Ackerbau betrieben. Sie werden zu Gruppen zusammengeschlossen und erhalten eine Organisation, welche ihnen später die Selbstverwaltung ermöglicht. Die russische Regierung hat die Vereinigung autorisirt, in Rußland Ausschüsse für die Auswahl des besten Menschenmaterials einzusetzen und überhaupt die Auswanderung methodisch zu betreiben. Obwohl auch in Kanada eine Kolonie von mehr als hundert Familien sich befindet, so ist doch vor Allem Argentinien für die erwähnten Zwecke in Aussicht genommen. Wenn gegen die Kolonisationspläne eingewendet werde, daß das vorhandene Kapital bei weitem nicht der Aufgabe entspreche, so sei zu erwähnen, daß das Land nicht verschenkt, sondern gegen jährliche Ratenabzahlungen, zu denen die Ansiedlungs- und Verwaltungskosten perzentualiter hinzukommen, vergeben wird, so daß nach Ablauf einer bestimmten Reihe von Jahren das Betriebskapital wieder frei und seiner Bestimmung zurückgegeben wird. — Im Anschlusse hieran verdient Erwähnung, daß der Betrieb eines die bekannte Blutbeschuldigung kolportirten Pamphlets, das noch vor einem Monat in Malta auf den Straßen feilgeboten worden ist, auf Anregung des Erzbischofs von Westminster durch den Minister der Kolonien verboten worden ist.

London, 6. Januar. (W. T. B.) Wie verlautet, wird der Unterstaatssekretär für Irland, Sir West Ridgeway, zur Herstellung eines befriedigenden Verhältnisses zwischen England und Marokko in temporärer Mission nach Tanger geschickt werden.

Rumänien.

Bukarest, 6. Januar. (W. T. B.) In Folge der andauernden Schneefälle und der damit verbundenen Verkehrsstörungen ist die Abreise des Königs nach Sigmaringen auf morgen Vormittag verschoben worden.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 7. Januar. Dem „Pos. Tagebl." zufolge hat der Unterrichtsminister die Direktoren der höheren Lehranstalten auffordern lassen, für die Chicagoer Weltausstellung aus Kultusministerium Lehrmittel und Schulgeräthe einzusenden, soweit es historisch werthvolle Stücke sind, die an den betreffenden Anstalten in früheren Zeiten in Gebrauch waren.

— Der Minister der öffentlichen Arbeiten hat angeordnet, daß für eine Anzahl bisher gebräuchlicher Fremdausdrücke im Eisenbahnwesen für den amtlichen Verkehr in Zukunft einheitliche deutsche Bezeichnungen zur Anwendung kommen sollen. So soll es künftig heißen: Vollspurbahn statt Bahn mit normaler Spurweite, Nebeneisenbahn oder Nebenbahn statt Bahn untergeordneter Bedeutung (Sekundärbahn), Grundstellung statt Normalstellung (der Weichen), Merkzeichen statt Markirzeichen, Uebergänge in Schienenhöhe statt Niveau-Uebergänge, Schranke statt Barriere, Umgrenzung des lichten Raumes statt Normalprofil des lichten Raumes, Sonderzüge statt Extrazüge, Gefahrsignal statt Allarmsignal, Signalmast statt Telegraph. Außerdem wird in den amtlichen Erlassen des Eisenbahnministeriums schon seit längerer Zeit regelmäßig das Wort Abtheil statt des früher gebräuchlichen Ausdrucks Coupé angewandt. An Stelle der bisherigen Schreibweise „Geleis" endlich soll die Form „Gleis" treten.

— Das königl. Haupt-Steuer-Amt erläßt folgende Bekanntmachung: Da gegen das Verbot der Verwendung von denaturirtem Salze zu anderen als den gestatteten Zwecken noch häufig verstoßen wird, so wird darauf aufmerksam gemacht, daß 1. denaturirtes Viehsalz nur zu landwirthschaftlichen Zwecken, d. h. zur Fütterung des Viehes und zur Düngung, und 2. denaturirtes Gewerbesalz nur zu gewerblichen Zwecken, jedoch nicht zur Bereitung von Nahrungs- und Genußmitteln für Menschen und namentlich auch nicht zur Herstellung von Tabakfabrikaten, Mineralwassern und Bädern verwendet werden darf.

— Das Repertoir des **Stadttheaters** verspricht für die nächste Woche einige interessante Abende; schon der Sonntag bringt zum ersten Male in der Saison Bizet's Oper „Carmen", mit den besten Kräften besetzt. Am Montag gelangt eine Novität von Henrik Ibsen „Hedda Gabler" zur Erstaufführung, ein Werk des realistischen Dichters, welches bisher überall mit größtem Beifall aufgenommen ist. Am Freitag endlich beginnt der Reigen der Benefize und zwar mit einem solchen für Herrn H. Crimm, den ersten Kapellmeister unseres Stadttheaters. Leicht erklärlich ist es, daß derselbe an seinem Ehrentage ein Werk Wagners zur Aufführung gewählt hat und zwar „Tannhäuser". Auf die Inscenirung und Einstudirung dieser Oper ist besondere Sorgfalt verwendet worden und wäre wohl zu wünschen, daß der verdienstvolle Leiter des Theater-Orchesters an seinem Ehrentage durch ein volles Haus überrascht würde.

— Wir wollen nochmals auf die morgen, Sonntag, im **Bellevue-Theater** stattfindende Novität „Zwei glückliche Tage" aufmerksam machen. Schon die Namen der Verfasser Schönthan und Kadelburg garantiren für heitere Scenen und da die besten Kräfte des Bellevue-Theaters in den Hauptrollen mitwirken, dürfte der heitere Schwank auch hier, wie überall, einen vollen Erfolg davontragen.

* Heute früh gegen 8 Uhr rückte die **Feuerwehr** nach dem Hause Grabowerstraße 34 aus, woselbst in der dritten Etage eine Gardine in Brand gerathen war. Hausbewohner hatten jedoch das Feuer bereits gelöscht.

* In der Nacht vom 4. zum 5. d. Mts. wurde dem Posthalter und Mühlenbesitzer **Bohse** in Hohenmocker bei Demmin ein Schlitten sammt Gespann gestohlen und haben sich die Diebe vermuthlich über Pasewalk und Stettin nach Stargard begeben. Das Gespann besteht aus zwei braunen Mutterstuten, von welchen eine tragend ist. Der hiesigen Polizeidirektion wurde der Diebstahl telegraphisch angezeigt.

* Beim hiesigen städtischen Fleischschauamt wurden im letzten Quartal des verflossenen Jahres untersucht: 55 Schweine, davon waren 2 trichinös und 1 finnig; ferner 20,714 aus Amerika eingeführte Speckseiten und Schinken, wovon 54 trichinös waren. Insgesammt wurden im Jahre 1892 untersucht: 7720 Schweine, davon waren 4 trichinös, 2 finnig und 2 mit Rothlauf behaftet; von 101,194 amerikanischen Schinken und Speckseiten enthielten 631 Trichinen. Von anderen Fleischtheilen und Würsten sind 200 untersucht und 1 Stück finnig befunden worden.

— Nach dem 20. Jahresbericht des Pestalozzi-Vereins der Provinz Pommern zählt der Verein in 64 Zweigvereinen 2437 Mitglieder, darunter 514 Nichtlehrer. Die Einnahmen des Gesammtvereins betrugen im verflossenen Jahre 16,677 Mark 34 Pfg., das Vermögen des Gesammtvereins 55,940 Mark 68 Pfg.

— In der Krankenanstalt Bethanien hierselbst mußte der Rittergutsbesitzer v. Dewitz auf Sophienhof wegen einer Schußwunde Aufnahme suchen, welche ihm bei einer Jagd durch einen Mitschützen beigebracht wurde.

— Der Ingenieur Benno Rupp zu Charlottenburg, Schloßstraße Nr. 35a, ist zum Beauftragten der Bekleidungs-Industrie-Berufsgenossenschaft für den Schiedsgerichtsbezirk I (Ost- und Westpreußen, Pommern, Brandenburg mit Berlin, Mecklenburg-Schwerin und -Strelitz) ernannt worden.

Vermischte Nachrichten.

Berlin. Bei einem vielbeschäftigten Kaufmann, der neben seiner Erwerbsthätigkeit als Ehrenamt die Verwaltung von Wohlthätigkeits-Anstalten der hiesigen jüdischen Gemeinde seit Jahren übernommen hat, ließ sich dieser Tage ein alter Herr melden, als sich der Geschäftsmann gerade zu einem dringenden Ausgang anschickte. In aller Eile richtete der Kaufmann seinen Blick auf den Ankömmling, dessen schlichter Anzug einen Unterstützungsbedürftigen zu verrathen schien und ziemlich kurz lautete die Frage nach seinem Begehr. Schüchtern bemerkte der alte Herr, er habe eine Wohlthätigkeitsspende vor. „Wie viel wollen Sie geben?" — klang es im Geschäftston zurück — „vielleicht dreißig Mark?" fünfzig, hundert Mark, — oder stiften Sie doch ein Bett, das kostet dreihundert Mark." — „Ich hatte mir eine bestimmte Summe vorgesetzt und habe sie auch zur Stelle. Es sind — Hunderttausend Mark." — Der erstaunte Kaufmann hatte plötzlich Zeit und gebrauchte sie auch, um die Sprache wiederzugewinnen. Er hieß den seltenen Wohlthäter Platz nehmen und setzte ihm auseinander, daß er zur Annahme einer so bedeutenden Schenkung nicht ohne Weiteres befugt sei, daß dazu erst die Genehmigung nachgesucht werden müsse, daß eine Eingabe nothwendig sei. „Dann beeilen Sie die Schritte nach Möglichkeit", bemerkte schlicht der Vertröstete, „ich fühle, daß ich schwächer werde und möchte die Freude, die ich mir bereiten will, selbst genießen." Der Vorsteher versprach thunlichste Beschleunigung, und in der That ist die Genehmigung zur Annahme der großherzigen Stiftung bereits nachgesucht. Der Spender ist ein Rentier, der in der Potsdamerstraße wohnt, sehr einfach lebt und außer seinem Hange zur Wohlthätigkeit keine kostspieligen Neigungen kennt.

— Von den Polizeibehörden werden gegenwärtig nach einer vorgenommenen Zählung 25,831 Personen steckbrieflich verfolgt. Unter den Gesuchten befinden sich 1 Marquis, 3 Freiherren, 4 Grafen, 10 Professoren, 18 Rechtsanwälte, 16 Aerzte, 5 Pastoren, 5 Dr. phil., 3 Gemeindevorstände, 130 Lehrer, 84 Studenten, 25 Redakteure, 45 Schriftsteller beziehungsweise Journalisten, 26 Architekten, 68 Ingenieure, 22 Post-Assistenten, 23 Bankbeamte, 53 Kassirer, 23 Bankiers, 110 Buchhalter, 108 Fabrikbesitzer, 5 Rittersgutsbesitzer, 52 Inspektoren, 67 Bauunternehmer, 173 Agenten, 103 Schauspieler, 260 Musiker, 844 dem Militärstande Angehörende (darunter 1 Major, 2 Kapitäne, 3 Premier- und 10 Sekondelieutenants, sowie 1 Roßarzt), ferner 1260 Kauf- und Handelsleute, 6600 Handwerker, 5000 Fabrik- und Bergarbeiter, 3460 landwirthschaftliche Arbeiter, 630 Kellner, 182 Zuhälter, 140 Zigeuner, 440 Dienstmädchen, 310 Kellnerinnen, 816 Prostituirte und 162 Kinder.

— (**Die Entfernung der Fixsterne von der Erde.**) Man schreibt der „Frkf. Ztg.": Um die Entfernung der Fixsterne von der Erde seinen Hörern zu verdeutlichen, hat ein amerikanischer Astronom in einem seiner populären Vorträge kürzlich folgenden originellen Weg gewählt. Nehmen wir an, sagte er, einige wohlhabende Eisenbahndirektoren hätten, um ihrem Ueberschuß an Energie und Kapital Luft zu machen, eine Eisenbahn α Centauri gebaut; die technischen Schwierigkeiten, die hier nicht in Betracht kommen, betrachten wir als überwunden und die Abfindung der Eigenthümer des von der Linie durchzogenen Raumes zur Zufriedenheit geregelt. Deshalb haben die Leiter, um den Verkehr zu erleichtern, die Preise äußerst billig gestellt, nämlich auf nur 5 Pfennig für je 100 Kilometer in erster Wagenklasse. Es will nun Jemand von dieser billigen Gelegenheit Gebrauch machen, kauft, um sich Kleingeld für diese Reise zu verschaffen, die Staatsschuld von England und ein paar anderen Ländern auf und verlangt, so ausgerüstet, an der Kasse eine Fahrkarte erster Klasse nach α Centauri. Als Zahlung überreicht er den Schein für die englische Staatsschuld, welche grade den Fahrpreis deckt; diese Schuld ist aber inzwischen in Folge einiger kleiner Kriege von ihrem heutigen Stande von 15 Milliarden auf 24 Milliarden gewachsen. Nachdem er seinen Sitz eingenommen, fragt er den Schaffner, mit welcher Geschwindigkeit der Zug fahre und erhält zur Antwort: 100 Kilometer in der Stunde einschließlich der Halte. „Und wann werden wir in α Centauri ankommen?" „In 48,663,000 Jahren, mein Herr."

— 19,990 Mark sind im Jahre 1892 als Einsätze bei den offenen Regatten in 13 Städten des Gebietes des Deutschen Ruder-Verbandes gezahlt worden. Die höchste Summe an Einsätzen erzielt Berlin mit 4795 Mark, die kleinste Breslau mit 420 Mark. Hamburg steht hinter Frankfurt am Main an dritter Stelle mit 2255 Mark. Für Ausleger-Rennboote wurden im ganzen 18,625 Mark, für Dollen-Boote 1365 Mark gezahlt. Die theuerste Bootgattung war der Achter (80 Mark Einsatz), die billigste der Einer (10 Mark). Der Frankfurter Regatta-Verein veranstaltet am 1. und 2. Juli d. J. eine große offene Regatta mit 20 Ausleger-Boot-Rennen. Zur Bewerbung kommt im Vierer u. A. der Kaiserpreis, dessen Original zur Weltausstellung nach Chicago gesandt wird.

— (Ein „verrückter" Thurm.) Am Ufer des Harlemflusses bei Newyork stand bisher über den Gleisen der Newyorker Zentralbahn ein zum Heben und Senken der Zugbrücke benutzter eiserner Thurm im Gewicht von 3600 Zentnern. Da an dieser Stelle eine neue Brücke erbaut werden soll, so mußte der Thurm entweder fortgeschafft oder abgerissen werden; man entschloß sich für ersteres. Nachdem am Freitag, den 23. v. M., Abends, der letzte Zug den Thurm passirt hatte, traten hundert Mann zur Arbeit an, entfernten die Gleise und wühlten mit Picke und Schaufel das harte Erdreich bis zum Fundament des Thurmes in acht Fuß Tiefe auf, worauf die Fortschiebung des Thurmes begann. Zwanzig Minuten vor drei Uhr Morgens befand sich das 127 Fuß hohe eiserne Bauwerk noch an seiner alten Stelle, eine Minute nach drei Uhr, also binnen 21 Minuten, war es schon 54 Fuß weiter nach Westen gerückt. Hier ließ man den Thurm vorläufig stehen, um erst die fortgerissenen Bahngleise wieder zu legen, und als eben die letzte Schaufel Erde festgestampft worden, rasselte der erste Schnellzug aus Newyork heran. Der Verkehr hatte durch die Riesenarbeit keine Unterbrechung erfahren.

Börsen-Berichte.

Stettin, 7. Januar. Wetter: Klare Luft. Temperatur — 11° Reaumur, Nachts — 14° Reaumur. Barometer 773 Millimeter. Wind: OSO.

Weizen fest, per 1000 Kilogramm loko 142,00—153,00, per Januar 152,00 nom., per April-Mai 156,00 bez., per Mai-Juni 157,50 B., 157,00 G., per Juni-Juli 158,50 G., 159,00 B.

Roggen wenig unverändert, per 1000 Kilogramm loko 122,00—130,00, per Januar 130,00 nom., per April-Mai 135,00 bez., per Mai-Juni 136,50 B., 136,00 G., per Juni-Juli 137,50 bez., 137,00 G.

Gerste ohne Handel.

Hafer per 1000 Kilogramm loko pommerscher 127—134.

Rüböl ohne Handel.

Spiritus unverändert, per 100 Liter à 100 Prozent loko 70er 30,00 bez., per Januar 70er 29,5 nom., per April-Mai 70er 31,3 nom., per Mai-Juni 70er —,—, per August-September 70er 33,3 nom.

Petroleum ohne Handel.

Regulirungspreise: Weizen 152,00, Roggen 130,00, 70er Spiritus 29,5.

Angemeldet: Nichts.

Landmarkt.

Weizen 148—151. **Roggen** 128—131. **Gerste** 130—134. **Hafer** 138—142. **Rübsen** —,—. **Heu** 2,50—3,00. **Stroh** 24—27. **Kartoffeln** 30—34.

Berlin, 7. Januar. Weizen per Januar 152,75 bis 153,00 Mark, per April-Mai 156,50 Mark, per Mai-Juni 158,00 Mark.

Roggen per Januar 134,25 bis 134,50 Mark, per April-Mai 137,25 Mark, per Mai-Juni 138,25 Mark.

Rüböl per Januar 50,60 Mark, per April-Mai 50,70 Mark.

Spiritus loko 70er 31,70 Mark, per Januar 70er 32,10 Mark, per April-Mai 70er 32,50 Mark, per August-September 70er 34,30 Mark.

Hafer per Januar 141,00 Mark, per April-Mai 139,00 Mark.

Petroleum per Januar 22,20 Mark.

London. Wetter: Schnee.

Berlin, 7. Januar. Schluß-Kourse.

Preuß. Consols 4%	107,10	London kurz	20,35
do. do. 3½%	100,40	London lang	20,29
Deutsche Reichsanl. 3%	86,20	Amsterdam kurz	168,65
Pomm. Pfandbriefe 3½%	97,50	Paris kurz	81,05
Italienische Rente	91,50	Belgien kurz	80,95
do. 3% Eisenb.-Oblig.	56,70	Bredow. Cement-Fabr.	87,50
Ungar. Goldrente	96,50	Neue Dampf.-Com. (Stettin)	70,25
Rumän. 1881er amort. Rente	97,20	Stett. Chamotte-Fabr. Didier	196,00
Serbische 5% Rente	76,75	„Union", Fabrik chem. Produkte	126,30
Griechische 6% Goldrente	54,90	**Ultimo-Kourse**	
Russ. Boden-Credit 4½%	99,60	Disconto-Commandit	181,75
do. do. von 1880	99,60	Berliner Handels-Gesell	138,10
Mexikan. 6% Goldrente	77,75	Oesterr. Credit	171,25
Oesterr. Banknoten	169,00	Dynamite-Trust	133,00
Russ. Banknot. Cassa	204,35	Bochumer Gußstahlfabrik	113,25
do. do. Ultimo	204,25	Laurahütte	92,20
National-Hyp.-Cred.-Gesellschaft (110) 4½%	105,00	Harpener	123,10
do. (110) 4%	101,50	Hibernia Bergw.-Gesellsch.	169,50
do. (100) 4%	100,75	Dortm. Union St.-Pr. 6%	55,40
P. Hyp.-A.-B. (100) 4% V.—VI. Emission	102,30	Ostpreuß. Südbahn	72,60
Stett. Vulc.-Act. Litt. B	107,00	Marienburg-Mlawka-bahn	62,60
Stett. Vulc.-Priorität.	130,50	Mainzerbahn	113,70
Stett. Maschinenb.-Anst. vorm. Möller u. Holberg Stamm-Akt. à 1000 M.	50,00	Norddeutscher Lloyd	97,60
do. 6 proz. Prioritäten	70,50	Lombarden	42,50
Petersburg kurz	203,00	Franzosen	—

Tendenz: fest.

Berlin, 7. Januar 1892.

Butter-Wochen-Bericht
von
Gebrüder Lehmann u. Co.
NW. 6, Luisenstraße 43—44.

Der Konsum hat sich nach dem Feste noch um nichts gebessert und nur weil für Rechnung Hamburger Packer mehrere größere Partien feinster Butter aus dem Markte genommen wurden, konnte sich die letztwöchentliche Notirung für feine Qualitäten behaupten; dagegen büßte Landbutter weitere 3 Mark ein.

Wir bezahlen an Produzenten franko Berlin (Alles per 50 Kilo) für feine und feinste Sahnenbutter von Gütern, Milchpachtungen und Genossenschaften:

Ia 97—100, IIa 93—96, IIIa —,—, abfallende 85—90 Mark.

Landbutter: pommersche 82—87, Netzbrucher 82—87, preußische u. Littauer 82—87, polnische —,—, galizische 76—82, schlesische 82—87, baierische Senn- —,—, baierische Land- 80—85 Mark.

Paris, 6. Januar, Nachmittags. (Schluß-kourse.) Behauptet.

		Kours vom 5.
3% amortisirb. Rente	95,05	94,95
3% Rente	94,42½	94,37½
4½% Anleihe	—,—	—,—
Italienische 5% Rente	90,15	92,50
Oesterr. Goldrente	—,—	—,—
4% ungar. Goldrente	95,06	97,50
4% Russen de 1880	—,—	—,—
4% Russen de 1889	95,30	96,10
4% unific. Egypter	99,20	99,60
4% Spanier äußere Anleihe	61,00	61,75
Convert. Türken	21,05	21,17½
Türkische Loose	87,00	86,80
4% privil. Türk. Obligationen	425,00	427,50
Franzosen	618,75	632,50
Lombarden	206,25	—,—
" Prioritäten	—,—	—,—
[illegible]	563,00	570,00
" [illegible]	618,00	640,00
[illegible]	145,00	145,00
[illegible]	940,00	970,00
" [illegible]	125,00	128,00
[illegible]	608,00	622,00
[illegible]	—,—	—,—
[illegible]	—,—	—,—
Rio Tinto-Aktien	394,30	395,00
Suezkanal-Aktien	2568,00	2597,00
Gaz Parisien	—,—	—,—
Credit Lyonnais	741,25	730,00
Gaz pour le Fr. et l'Etrang.	—,—	—,—
Transatlantique	—,—	—,—
B. de France	3770,00	3795,00
Ville de Paris de 1871	—,—	—,—
Tabacs Ottom.	353,00	353,00
2¾ Cons. Angl.	—,—	—,—
Wechsel auf deutsche Plätze 3 M	122,50	122,50
Wechsel auf London kurz	25,10½	25,10½
Cheque auf London	25,12	25,12
Wechs. Amsterdam k.	206,06	206,00
" Wien k.	206,25	206,25
" Madrid k.	423,50	425,00
Comptoir d'Escompte Neue	475,00	475,00
[illegible]-Aktien	92,50	94,30
Neue Rente	—,—	—,—
Portugiesen	22,18 ex.	22,68
3% Russen	76,90	77,30

Bremen, 6. Januar. (Börsen-Schluß-Bericht.) Raffinirtes **Petroleum**. (Offizielle Notirung der Bremer Petroleum-Börse.) Faßzollfrei. Fester. Loko 5,45 B. **Baumwolle** fest.

Hamburg, 6. Januar, Nachm. 3 Uhr. **Kaffee**. (Nachmittagsbericht.) Good average Santos per Januar 78,75, per März 77,75, per Mai 76,50, per September 76,50. — Unregelmäßig.

Hamburg, 6. Januar, Nachm. 3 Uhr. **Zuckermarkt**. (Nachmittagsbericht.) Rüben-Rohzucker 1. Produkt Basis 88 pCt Rendement, neue Usance frei an Bord Hamburg per Januar 14,30, per März 14,42½, per Mai 14,52½, per September 14,42½. — Ruhig.

Wien, 6. Januar. Feiertags wegen keine Börse.

Amsterdam, 6. Januar, Nachmittags **Getreidemarkt**. **Weizen** auf Termine träge, per März 175,00, per Mai 176,00. **Roggen** loko geschäftslos, do. auf Termine fest, per März 128,00, per Mai 124,00. **Rüböl** loko 26,25, per Mai 26,00, do. Herbst 25,87.

Amsterdam, 6. Januar. **Java-Kaffee** good ordinary 56,25.

Amsterdam, 6. Januar. Nachmittags. **Bancazinn** 55,25.

Antwerpen, 6. Januar, Nachm. 2 Uhr 15 Minuten. **Petroleummarkt**. (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß loko 12⅞ bez. u. B., per Januar 12,75 B., per Februar-März 13⅛ B., per September-Dezember 13,25 B., — Fest.

Antwerpen, 6. Januar. **Getreidemarkt**. **Weizen** ruhig. — **Roggen** unverändert. — **Hafer** beh. — **Gerste** schwach.

Paris, 6. Januar, Nachmittags. **Rohzucker** (Schlußbericht) ruhig, 88% loko 38,75. — **Weißer Zucker** ruhig, Nr. 3 per 100 Kilogramm per Januar 40,62½, per Februar 41,00, per März-Juni 41,62½, per Mai-August 42,12½.

London, 6. Januar. 96% **Javazucker** loko 16,37, stetig. — **Rüben-Rohzucker** loko 14,37, stetig. **Centrifugalzucker** —,—.

London, 6. Januar. **Chili-Kupfer** 46,50, per 3 Monat $46^{15}/_{16}$.

London, 6. Januar. An der Küste 2 Weizenladungen angeboten. — Wetter: Schnee.

Liverpool, 6. Januar. **Getreidemarkt**. **Weizen** ½ d niedriger, **Mehl** stetig, **Mais** anziehend. — Wetter: Schnee.

Glasgow, 6. Januar, Nachm. **Roheisen**. (Schlußbericht.) Mixed numbers warrants 41 Sh. 9½ d.

Glasgow, 6. Januar. Die Vorräthe von Roheisen in den Stores belaufen sich auf 339,108 Tons gegen 501,084 Tons im vorigen Jahre.

Die Zahl der im Betriebe befindlichen Hochöfen beträgt 68 gegen 75 im vorigen Jahre.

Newyork, 6. Januar, Vorm. **Petroleum**. (Anfangskourse.) Pipe line certificates per Februar —,—. **Weizen** per Mai 82⅛.

Newyork, 6. Januar. Wechsel auf London 4,85¾. — **Petroleum** in Newyork 5,40, in Philadelphia 5,35, rohes (Marke Parkers) 5,35. Pipe line certif. per Februar — D. — C. **Mehl** 2 D. 95 C. **Rother Winter-Weizen** loko — D. 80⅜ C. **Rother Weizen** per Januar — D. 78⅜ C., per Februar — D. — C., per Mai — D. 82⅜ C. **Getreidefracht** 1¾. **Mais** per Januar 50½. **Zucker** 3,00. **Schmalz** loko 11,05. **Kaffee** Rio Nr. 7 16,75. Kaffee per Februar ord. Rio Nr. 7 15,75. Kaffee per April ord. Rio Nr. 7 15,55. **Weizen** Anfangs-Kours per Mai 82⅛.

Woll-Berichte.

Antwerpen, 6. Januar, Vorm. 10 Uhr 30 Min. (Telegramm der Herren Wilkens u. Co.) **Wolle**. La Plata-Zug, Type B., per Januar 4,47½ Käufer, per Juli 4,62½ Käufer.

Bankwesen.

Paris, 6. Januar. **Bankausweis**.
Baarvorrath in Gold Franks 1,704,442,000, Abnahme 4,227,000.
Baarvorrath in Silber Franks 1,264,245,000, Abnahme 6,269,000.
Portefeuille der Hauptbank und deren Filialen Franks 656,632,000, Zunahme 68,876,000.
Notenumlauf Franks 3,439,134,000, Zunahme 140,894,000.
Laufende Rechnung der Priv. Franks 467,671,000, Zunahme 27,007,000.
Guthaben des Staatsschatzes Franks 182,727,000, Abnahme 127,011,000.
Gesammt-Vorschüsse Franks 337,616,000, Zunahme 17,092,000.
Zins und Diskont-Erträgnisse Franks 1,107,000 Zunahme 734,000.
Verhältniß des Notenumlaufs zum Baarvorrath 86,32 Prozent.

Schiffs-Nachrichten.

Hamburg, 7. Januar. (Hirsch's T. B.) Ein Vertreter des „Hirsch'schen Telegraphen-Bureaus" hatte mit dem Kapitän Schroedter der hier eingetroffenen „Bohemia" ein Interview, betreffend den Zwischenfall mit der „Umbria". Kapitän Schroedter erklärte, daß das Schlepptau, welches die „Bohemia" und „Umbria" verband, gerissen sei und zwar an einer Stelle, welche noch weiter als zur Hälfte an die „Umbria" heranreichte. Ein Durchschneiden des Taues seitens der „Bohemia" war an dieser Stelle überhaupt ausgeschlossen. Zum Durchschneiden lag auch nicht die geringste Veranlassung vor, da eine Gefahr nicht vorhanden war. Man hätte sich dann überhaupt nur schwer zum Durchschneiden entschließen können, da der Kapitän den ausbedungenen Bergelohn von einer halben Million für seine Gesellschaft doch gern verdient hätte. Das starke Hin- und Herrollen beider Schiffe hat allein das Reißen des Schlepptau's veranlaßt. Trotzdem die „Bohemia" nach Kapitän Schroedter's Behauptung fortwährend signalisirte, kam von der „Umbria" keine Antwort, so daß die „Bohemia", nachdem sie beigedreht hatte, und auch am nächsten Morgen von der „Umbria" nichts zu sehen war, die Reise nach Hamburg fortsetzte.

London, 6. Januar. Das hiesige Schiff „Tabot" ist auf der Reise von Oporto nach Neufundland mit Mann und Maus untergegangen.

Telegraphische Depeschen.

Dortmund, 7. Januar. Der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung" zufolge ist der Bergmann Schöttke, welcher in der gestrigen Versammlung eine zum Streik aufreizende Rede hielt, sofort verhaftet.

Gelsenkirchen, 7. Januar. Eine große Bergarbeiter-Versammlung beschloß, den Streik am Montag zu beginnen, die endgültige Entscheidung darüber soll jedoch erst in einer Versammlung am Sonntag in Essen gefaßt werden. Das Militär für das Ruhr-Gebiet ist für Montag beordert, wenngleich bisher Alles ruhig ist.

Paris, 6. Januar. In einer heute Abend vor der Redaktion der „Libre Parole" veranstalteten antisemitischen Versammlung wurden die Redner durch anwesende Anarchisten, welche fortdauernd Tumult erregten, am Sprechen verhindert. Die Polizei löste die Versammlung ohne Zwischenfall auf. Eine Anzahl Theilnehmer an derselben zogen hierauf vor das Bureau der „Libre Parole", um daselbst Kundgebungen zu veranstalten. Die Polizei schritt ein und konnte die Menge ohne Schwierigkeit zerstreuen.

Paris, 7. Januar. (Ausführlichere Meldung.) Eine vom Marquis Mores einberufene Antisemiten-Versammlung war von mehreren Tausend Theilnehmern besucht. Die Versammlung fand im Tivoli-Saale statt. Drumond und Rochefort wurden zu Ehren-Präsidenten, Mores und Guerin, der letztere vom „Libre Parole", zu Präsidenten ernannt. Ueber 200 Polizei-Agenten waren in und vor dem Lokal aufgestellt, während auf der Estrade ein Polizei-Kommissar postirt war. Mores als erster Redner entwickelte das Programm der französischen Antisemiten, als dessen Ausgangspunkt er die Entziehung des Bürgerrechts der Juden, die Trennung von Kirche und Staat, die direkte Befragung der Nation, die Einrichtung eines obersten Gerichtshofes für die öffentliche Wohlfahrt zum Zwecke der Entziehung aller im Laufe dieses Jahrhunderts an der Börse erworbenen Vermögen &c. bezeichnete. Die Rede wurde vielfach von lebhaftem Beifall unter den Rufen: „Tod den Juden!" unterbrochen. Aehnlich wie Marquis Mores sprach der Redakteur Guerin. „Wir leben", so führte er ungefähr aus, „in einem offenen Kriege zwischen Dieben und Bestohlenen. Es ist Zeit, daß ein Sondergericht den Juden und Panamisten ihre Beute wieder entreißt." Einer von einem dritten Redner beantragten Resolution, die Emanzipation der Juden wieder rückgängig zu machen, wurde ungeheurer Beifall gespendet. Hierauf wollten eine Anzahl Anarchisten auf die Redner-Tribüne steigen, um zu reden. Dadurch entstand eine große Schlägerei, die die Polizei zur Schließung der Versammlung nöthigte. Es fanden nachher noch Demonstrationen vor dem Gebäude der „Libre Parole" statt, bei welcher die Polizei viele Verhaftungen vornahm.

London, 7. Januar. Die Entsendung des Unter-Staatssekretärs Sir West Ridgeway nach Marokko wird amtlich bestätigt.

Newyork, 6. Januar. (Telegramm des „Reuter'schen Bureaus".) Ueber die aus Bakersville (Nord-Karolina) gemeldeten Kämpfe zwischen einer Anzahl maskirter Personen und den das dortige Gefängniß überwachenden Gendarmen sind bisher irgendwie bestätigende Meldungen nicht eingegangen. Man will deshalb die Richtigkeit derselben überhaupt bezweifeln. Der Verkehr mit Bakersville ist seit zwei Tagen durch eingetretene Schneestürme gesperrt.

Washington, 6. Januar. Der Senat genehmigte eine Resolution, in welcher der Staatssekretär des Auswärtigen aufgefordert wird, sein Gutachten darüber abzugeben, ob das von Chandler eingebrachte Projekt betreffend das Verbot der Einwanderung während eines Jahres eine Verletzung von Verträgen in sich schließe.